

Zur Notwendigkeit
gemeinsamer
Orientierungen

Verfassung – ein Kulturprodukt?

Norbert Lammert

Im Grundgesetz sind für jedermann, keineswegs nur für die deutschen Staatsbürger, geltende Rechte und Pflichten formuliert: Menschenrechte, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Frau, Freiheit von Wissenschaft, Kunst und Kultur, Toleranz für fremde Überzeugungen, Freiheit religiöser Betätigung. Auf unsere Verfassung können und sollten wir stolz sein. Dennoch reicht der Appell zum Verfassungspatriotismus nicht aus, bestehende kulturelle Differenzen angemessen auszugleichen. Verfassungen fallen nicht vom Himmel und werden dort auch nicht konserviert, wenn die Zeiten auf Erden turbulent sind. Kultur ist die Voraussetzung einer Verfassung. Letztere setzt in rechtliche Ansprüche und Verpflichtungen um, was historisch und kulturell gewachsen ist. Bestand und Wirkungsmacht können Rechte nur haben, wenn ihre kulturelle Grundlage nicht erodiert.

Kultur und Recht

Der Hinweis allein auf das in Deutschland geltende Recht führt deshalb nicht weiter. Das Problem liegt vielmehr darin, dass es in dieser Gesellschaft tradierte Vorstellungen von Moral und Recht gibt, die zu der subjektiven Legitimation führen, sich in einer Weise durch „Selbsthilfe“ zum Ausdruck bringen zu dürfen, die mit unserer Rechtsordnung völlig unvereinbar ist. Dies gilt zum Beispiel für so genannte Ehrenmorde als familiäre Sanktion für vermeintlich unehrenhaftes Verhalten. An solchen Fällen wird offenkundig, dass

es einen Zusammenhang gibt zwischen Kultur und Recht und dass man nicht unter Hinweis auf das eine die Bedeutung des anderen für nachrangig erklären darf. Gerade in einer Gesellschaft, die zunehmend multikulturell geprägt ist, wird die Verständigung über gemeinsame und verbindliche Werte und Überzeugungen umso dringender. Wir können uns Multikulturalität nur erlauben, wenn wir uns darüber verständigen, was für alle gelten soll. Hierbei handelt es sich nach meiner Überzeugung um einen Prozess, der nicht zu einem ein für alle Mal gültigen Ende kommt und kommen muss, sondern der regelmäßig, jedenfalls in bestimmten Abständen, in einer Gesellschaft fortgesetzt und aufgrund veränderter Problemstellungen jeweils neu akzentuiert wird.

Zu lange haben wir verdrängt, dass es nicht nur eine Bereicherung, sondern zugleich eine Herausforderung für eine Gesellschaft ist, wenn unterschiedliche kulturelle Traditionen und Erfahrungen einander begegnen. Bestenfalls treuherzig wäre es, wollte man leugnen, dass kulturelle Differenzen auch praktische Bedeutung haben. Der Anspruch beispielsweise auf Gleichberechtigung der Frau und der Anspruch auf Dominanz des Mannes, beides kulturell begründet, lässt sich in ein und derselben Gesellschaft nicht verwirklichen, genauso wenig wie der Anspruch auf Trennung von Staat und Kirche, von Politik und Religion und der Anspruch auf unmittelbare Geltung göttlichen Rechtes auch im politischen und rechtlichen Handeln. Wir haben zu viel

Zeit mit der vielleicht gut gemeinten Illusion verloren, man könne diese fundamentalen kulturellen Differenzen auf sich beruhen lassen, statt sie zu klären. Inzwischen wird aber immer deutlicher, dass unsere Gesellschaft auf diese Klärung nicht verzichten kann.

Gemeinsame Überzeugungen

Jede Gesellschaft, jede Gemeinschaft braucht einen Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen, ohne die auch ihre Regeln und ihre gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Dauer keinen Bestand haben. Kein politisches System kann seine innere Legitimation ohne solche gemeinsam getragenen Überzeugungen aufrechterhalten. Ohne eine „Leitkultur“ im Sinne solcher allgemein akzeptierten Orientierungen und Überzeugungen lassen sich die Lösungen für unsere komplexen Probleme nicht konsensfähig machen. Gerade in einer Zeit, in der es ja auch für die absehbare Zukunft nicht darum geht, dass wir Wohlstandszuwächse verteilen könnten, sondern in der wir unter schwierigen internationalen Wettbewerbsbedingungen eine eher stagnierende als prosperierende Wirtschaft mit einem bescheideneren Ertrag zu erwarten haben, braucht eine Gesellschaft umso mehr eine Verständigung darüber, woran sie sich festhalten soll. Über den Begriff „Leitkultur“ mag man streiten, über die notwendige Verständigung in der Sache ernsthaft nicht.

Die Vorstellung von einer Leitkultur in Deutschland ist von der christlich-abendländischen Tradition nicht zu trennen. In der jüngeren Geschichte haben wir zweifellos eine immer stärkere Begegnung mit anderen Kulturen erfahren. Aber der Einfluss christlicher Religionsgemeinschaften und Glaubensüberzeugungen auf unsere Gesellschaft bleibt fundamental. Die

Revitalisierung des Glaubens muss nicht ausgrenzend auf Menschen aus anderen Kulturkreisen wirken. Im Gegenteil: Ohne unser geistig-religiöses Erbe wären „Wert und Würde des Menschen als eine universell gültige Idee des Rechtes“ (Kardinal Ratzinger) weder im Grundgesetz noch in der Grundrechtscharta der Europäischen Union kodifiziert worden. Der sorgfältige Umgang mit unseren religiösen Wurzeln, mit unserer eigenen Geschichte und Kultur einschließlich ihrer Krisen und blutigen Irrtümer kann uns von niemandem abgenommen werden, doch stehen dabei nicht Deutsche gegen Ausländer, sondern alle in Deutschland lebenden Menschen unter denselben universalen Ansprüchen.

Europäische Selbstannahme

Wir brauchen die Vergewisserung über das, was wir für zentral, fundamental und deswegen für unaufgebbar halten. Die stärksten Aufforderungen hierzu kommen bezeichnenderweise oft von Ausländern oder von nicht mehr in Deutschland lebenden Geistesgrößen. Der Schweizer Adolf Muschg, Präsident der Akademie der Künste, hat seine Verzweiflung zum Ausdruck gebracht über die Befangenheit und „Indifferenz, mit welcher Deutsche ihren spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation behandeln“. Der jetzige Papst hat vor seiner Wahl mehrfach darauf hingewiesen, dass es eine ganz merkwürdige und aus seiner Sicht auch schwer akzeptable Abneigung des Abendlandes gebe, sich zu den hier entstandenen, maßstabsetzenden Prinzipien und Orientierungen auch zu bekennen. Europa brauche aber „eine neue – gewiss kritische und demütige – Annahmeseiner selbst, wenn es überleben will“. Das gilt für jedes einzelne Land Europas, ganz gewiss auch für Deutschland.